

Behindertengleichstellungsrecht

Textsammlung mit Einführungen

Bearbeitet von
Herausgegeben von Horst Frehe, und Felix Welti

3. Auflage 2018. Buch mit CD-ROM. 1611 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 3836 6

[Recht > Arbeitsrecht > Antidiskriminierung, Gleichbehandlung](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NOMOSGESETZE

Frehe | Welte [Hrsg.]

Behinderten- gleichstellungsrecht

Textsammlung mit Einführungen

3. Auflage



Nomos

NOMOSGESETZE

Horst Frehe, Bremen

Prof. Dr. Felix Welti, Kassel [Hrsg.]

Behinderten- gleichstellungsrecht

Textsammlung mit Einführungen

3. Auflage

Stand: 15. Februar 2018



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3836-6

3. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort (Felix Welti/Horst Frehe)

Das Recht der Gleichstellung und Teilhabe behinderter Menschen ist noch immer ein junges und dynamisches Rechtsgebiet. Dies ist die dritte Auflage der ersten systematischen Sammlung der auf diesem Gebiet in Bund und Ländern der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften mit kurzen einführenden Erläuterungen. Die meisten der hier abgedruckten Rechtsnormen sind in den letzten zwanzig Jahren erlassen worden. Insgesamt steht das Recht der Gleichstellung behinderter Menschen in dem Spannungsfeld, behinderte Menschen als gleichberechtigte Subjekte des Rechts in Staat und Gesellschaft anzuerkennen und insoweit Sonderrecht zu vermindern, zugleich aber die angemessenen Vorkehrungen und besonderen Maßnahmen zu regeln, die behinderten Menschen gleichen Zugang zu Rechten und zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft schaffen.

Die Bemühungen um ein Recht der Gleichstellung behinderter Menschen im heutigen Sinne begannen in den 1980er Jahren – auch innerhalb der Vereinten Nationen - und griffen entsprechende Initiativen aus den USA (Sec. 504 Rehabilitation Act 1973; ADA 1990), Kanada und Großbritannien auf, wo die Antidiskriminierungsgesetzgebung im Ganzen und die Bewegung behinderter Menschen für ein selbstbestimmtes Leben sich früher und weiter entwickelt hatten als in Deutschland. Sie fanden auch Eingang in das Betreuungsgesetz, mit dem 1990 die allgemeine Rechtsposition vor allem geistig und seelisch behinderter Menschen verbessert wurde.

Im Verfassungsentwurf der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches vom April 1990 wurde Behinderung als Merkmal eines besonderen Gleichheitssatzes genannt. In den 1992 und 1993 beschlossenen Verfassungen der neuen Bundesländer wurden entsprechende Verfassungsnormen aufgenommen. Dem folgten 1994 der Bund (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG) und danach die weiteren Länder bis auf Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Auf der europäischen Ebene wurde im Amsterdamer Vertrag 1997 Art. 13 EGV (heute Art. 19 AEUV) aufgenommen, mit dem die Gemeinschaft (heute EU) zur Rechtsetzung gegen die Diskriminierung behinderter Menschen ermächtigt wurde. Im Jahr 2000 bekannte sich die Gemeinschaft in der Charta der Grundrechte zum Grundsatz der Gleichheit behinderter Menschen und konkretisierte ihn für Beschäftigung und Beruf in der Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie (RL 2000/78/EG).

Diese Impulse der internationalen Rechtsentwicklung, des Verfassungsrechts und des europäischen Rechts wurden zunächst vor allem in Behindertengleichstellungsgesetze umgesetzt. Das erste Gesetz dieser Art wurde 1999 im Land Berlin erlassen, es folgten 2001 Sachsen-Anhalt und 2002 der Bund, zuletzt Niedersachsen im Jahr 2008. Die Behindertengleichstellungsgesetze sind ein Kern des Behindertengleichstellungsrechts. Sie gehören dem öffentlichen Recht zu und wenden sich primär an die öffentliche Verwaltung. Sie konkretisieren das jeweilige Verständnis einer über formale Rechtsgleichheit hinaus reichenden Gleichstellung behinderter Menschen. Ein Kernbegriff ist dabei die Herstellung von Barrierefreiheit. Mit dem Rechtsinstitut der Zielvereinbarung zwischen Verbänden behinderter Menschen und Unternehmen oder Unternehmensverbänden greifen die Behindertengleichstellungsgesetze in das private Recht aus. Durch Verbandsklagerechte schaffen sie auch neue Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung. Institutionell wurden die Aufgaben der Beauftragten für behinderte Menschen oder vergleichbarer Institutionen geregelt. Mittlerweile sind im Bund und in vielen Ländern die Behindertengleichstellungsgesetze bereits einmal reformiert worden, um den Anforderungen der UN-BRK gerecht zu werden und die Erfahrungen der Rechtsanwendung aufzugreifen. Besondere Bedeutung hatte die BGG-Novellierung im Bund 2016.

Mit den Behindertengleichstellungsgesetzen von Bund und Ländern wurden jeweils zahlreiche weitere Rechtsvorschriften geändert (Artikelgesetze) und inhaltlich und terminologisch angepasst. Insbesondere im Recht der Bauordnung und der öffentlichen Infrastruktur wurden Normen zur Barrierefreiheit eingefügt, im Recht der Berufszulassung wurden Zugangsbeschränkungen für gesundheitlich beeinträchtigte Personen vermindert. Durch die zahlreichen Änderungen bestehender Gesetze wurden die Änderungen in den jeweiligen Sachbereichen implementiert, zugleich wurde die Materie des Behindertengleichstellungsrechts unübersichtlicher. Es ist nun die Aufgabe von Rechtsanwendung, Rechtsprechung und Rechtswissenschaft die jeweiligen Systematiken der Rechtsgebiete mit der Gleichstellung behinderter Menschen angemessen zu verknüpfen.

Vorwort (Felix Welti/Horst Frehe)

Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) 2006 wurde die Gleichstellung behinderter Menschen im Zivilrecht fortgesetzt und damit insbesondere in Rechtsbereichen wie dem Arbeitsrecht und Mietrecht thematisiert. Auch die Verbindung zum Sozialrecht mit seinen Normen zur Rehabilitation und Teilhabe wurde durch die mit dem AGG eingefügten allgemeinen Sozialrechtsnormen § 33c SGB I und § 19a SGB IV verstärkt.

Die 2009 in Deutschland in Kraft getretene Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstärkt die Orientierung des Behindertengleichstellungsrechts, behinderten Menschen die volle Wahrnehmung aller Menschenrechte und insgesamt der Möglichkeiten der allgemeinen Rechtsordnung zu ermöglichen. Zentrale Rechtsbegriffe sind insoweit auch hier die individuelle Autonomie, die Nichtdiskriminierung, die volle und effektive Teilhabe und die Inklusion in die Gesellschaft, die Achtung vor der Differenz, die Chancengleichheit und die Barrierefreiheit. Die Konvention ist eine wichtige Auslegungshilfe für das deutsche Recht einschließlich des Verfassungsrechts. Sie stellt das Behindertengleichstellungsrecht noch deutlicher in den Kontext der allgemeinen Durchsetzung bürgerlicher und sozialer Menschenrechte für alle sowie in den Kontext der weiteren Bemühungen um eine Rechtsordnung und Gesellschaft ohne Barrieren und gruppenbezogene Benachteiligungen. Insoweit steht das Behindertengleichstellungsrecht auch in einem besonderen Kontext zu anderen Querschnittsmaterien des Rechts wie der Gleichstellung von Frauen und Männern, dem Respekt vor den Kindern und der Gleichbehandlung älterer Menschen.

Die erste und die zweite Auflage dieser Textsammlung mit Einführungen haben 2010 und 2013 eine sehr gute Aufnahme erfahren. Sie ist zu einer wichtigen Unterstützung für die Arbeit der Verbände behinderter Menschen geworden, die auch in den Gerichten, in der Verwaltung und der Anwaltschaft beachtet und genutzt wird. Für Anregungen und Kritik aus dem Kreis der Nutzerinnen und Nutzer bedanken wir uns, ebenso beim NETZWERK ARTIKEL 3 e.V. und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Verlag und der Autorin und den Autoren, die diese Neuauflage möglich gemacht haben.

Bremen/ Kassel
im Januar 2018

Die Herausgeber
Horst Frehe/Felix Welti

Vorwort (H.-Günter Heiden)

Angesichts der nunmehr dritten Auflage der Textsammlung „Behindertengleichstellungsrecht“ ist es an der Zeit, einen kleinen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte dieses mittlerweile zum Standardwerk gewordenen Bandes zu werfen: Fast genau vor zehn Jahren, im Sommer 2007 wurde die Idee dazu geboren: Es sollte unter dem Titel „Behindertengleichstellungsrecht“ in CD-ROM-Form eine Zusammenstellung von Texten geben, die als Schulungsmaterial für Behindertenorganisationen dienen sollte.

Dieses Vorhaben war seinerzeit verbändeübergreifend angelegt. Ihre Mitwirkung hatten zugesagt: der Sozialverband VdK, der Sozialverband Deutschland, die BAG Selbsthilfe, die Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband und die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL). Zur fachlichen Unterstützung konnte Felix Welti gewonnen werden, der zu diesem Zeitpunkt am Lehrstuhl für Sozialrecht und Verwaltungsrecht an der Hochschule Neubrandenburg tätig war. Finanziell wurde das CD-Projekt durch die Aktion Mensch gefördert und die Gesamtkoordination hatte das NETZWERK ARTIKEL 3 – Verein für Menschenrechte und Gleichstellung Behinderter e.V. übernommen.

Wieso war uns dieser neuartige Ansatz angesichts einer Vielfalt von vorhandenen Bänden zum Sozialrecht wichtig? Im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert hatte sich (nicht nur) in Deutschland ein Perspektivwechsel in der Sichtweise von Behinderung von einem medizinischen zu einem menschenrechtlichen Modell vollzogen, der oft von einer weltweit agierenden Behindertenbewegung erkämpft wurde und in vielen Gesetzen seinen Niederschlag fand. In Deutschland etwa mit dem Kampf für die Ergänzung der Verfassung, die 1994 gelang oder mit dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) von 2002 und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von 2006. Vorläufiger Höhepunkt war die Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention im Dezember 2006, an deren Entstehung die internationale Zivilgesellschaft in Form der Behindertenverbände unter dem Motto "Nothing about us without us! - Nichts über uns ohne uns!" beteiligt war.

All diese Normen zur rechtlichen Gleichstellung, die nicht im Sozial- oder Leistungsrecht verwurzelt sind, waren aber über viele Fundstellen verstreut und somit schwer aufzufinden. Selbst im Internet existierte noch keine zusammenhängende Darstellung des Gleichstellungsrechts behinderter Frauen und Männer auf nationaler und internationaler Ebene. Dadurch wurde die Entfaltung ihrer Wirkung verhindert und behinderte Menschen konnten deshalb nur erschwert ihre Rechte kennen- und durchsetzen lernen. Es fehlte also eine gegliederte Zusammenstellung und somit die leichte Auffindbarkeit und Nutzbarkeit dieser Gleichstellungstexte. So ging eine kleine Gruppe engagierter Juristinnen und Juristen ans Werk und siehe - der Versuch gelang. Im November 2008 wurde die CD-ROM dann fertig. Damals schrieb ich im Vorwort dazu:

„In dieser Gesetzessammlung sind die wesentlichen Texte zur rechtlichen Gleichstellung zu finden, angefangen von der neuen UN-Behindertenrechtskonvention über europäisches Recht bis hin zu den Vorschriften der Bauordnungen auf Ebene der Bundesländer. Wir haben dazu das Völkerrecht, das Europäische Recht, das Verfassungsrecht, das Öffentliche Recht und das Zivilrecht unter die Lupe genommen. Das gesamte Leistungsrecht wurde jedoch bewusst ausgeklammert, um den Focus auf den Gleichstellungsaspekt zu lenken.

Mit dieser Zusammenstellung hat das NETZWERK ARTIKEL 3 e.V. Neuland betreten und sozusagen eine „Betaversion“ vorgelegt, die der Ergänzung und Erweiterung bedarf.“

Unser Blick ging deshalb damals noch weiter: Um die Nachhaltigkeit unseres Vorhabens zu sichern, sollten mit der CD-ROM, sozusagen als „Referenzprojekt“, auch rechtswissenschaftlich ausgerichtete Verlage angesprochen werden. Unser Ziel war es, eine solche Textsammlung in erweiterter Form (mit Kommentierungen, Einordnungen, etc.) einem breiten Kreis interessierter Personen auch in Printform zugänglich zu machen. Mit dem NOMOS-Verlag konnte dann ein kompetenter Partner gewonnen werden, sodass bereits im Jahr 2010 die erste Auflage in Printform erschien, mit einer Beilage, die noch einmal alle Texte auf einer CD-ROM enthielt. Das Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit unterstützte dieses Vorhaben damals auch finanziell, sodass die Textsammlung beginnen konnte, Wirkung zu erzielen.

Vorwort (H.-Günter Heiden)

Diese Wirkung wird anhalten, auch wenn es in diesen Zeiten im rechtlichen Diskurs vorwiegend um die Neufassung des Sozialgesetzbuches IX geht und die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem Sozialgesetzbuch XII. Dieser Tatsache haben Herausgeber und Verlag aber Rechnung getragen und den kompletten neuen Text des SGB IX per Stand 1. Januar 2018 in den vorliegenden Band integriert. So erhalten die Leserinnen und Leser eine umfassende und aktuelle rechtliche Unterrichtung, die Information und Empowerment gleichzeitig garantiert!

Berlin, im Januar 2018

H.- Günter Heiden M.A.
NETZWERK ARTIKEL 3 e.V.

Inhalt

I. Völkerrecht

1	Einleitung (Klaus Lachwitz)		19
<i>A. Vereinte Nationen</i>			
2	Behindertenrechtskonvention	Behindertenrechtskonv.	28
2a	Fakultativprotokoll zur Behindertenrechtskonvention	Fakultativprot. Behindertenrechtskonv.	48
3	UN-Konvention Antidiskriminierung der Frau (Auszug)	Antidiskr. Frau-Konv.	51
4	Kinderrechtskonvention (Auszug)	Kinderrechtskonv.	55
<i>B. Europarat</i>			
5	Europäische Menschenrechtskonvention (Auszug)	EMRK	57
6	Biomedizinkonvention	Biomedizinkonv.	60
7	Europäische Sozialcharta (Auszug)	Sozialcharta	68
8	Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Auszug)	Istanbulkonv.	69

II. Europäisches Recht/Primärrecht

10	Einleitung (Felix Welti)		70
<i>A. Primärrecht</i>			
11	Vertrag über die Europäische Union (Auszug)	EUV	72
12	EU-Arbeitsweisevertrag (Auszug)	AEUV	74
13	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Auszug)	Charta	75
<i>B. Allgemeine Richtlinien</i>			
15	RL über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendung öffentlicher Stellen	RL (EU) 2016/2102	77

Inhalt

<i>C.</i>	<i>Vergaberecht</i>		
16	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Auszug)	GWB	93
17	Vergabeverordnung (Auszug)	VgV	94
III.	Verfassungsrecht		
20	Einleitung (Felix Welti)		95
21	Grundgesetz (Auszug)	GG	97
22	Verfassungen der Länder (Auszüge)	Verfassungen der Länder	99
IV.	Öffentliches Recht		
30	Einleitung (Horst Frehe)		104
<i>A.</i>	<i>Behindertengleichstellungsgesetze und Verordnungen</i>		
	<i>Bund</i>		
31	Behindertengleichstellungsgesetz	BGG	115
31a	Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung	BITV	124
31b	Kommunikationshilfenverordnung	KHV	142
31c	VO über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung	VBD	144
	<i>Länder</i>		
32	Landes-Behindertengleichstellungsgesetz Baden-Württemberg	L-BGG BaWü	146
33	Behindertengleichstellungsgesetz Bayern	BayBGG	152
33a	Barrierefreie Informationstechnik-VO Bayern	BayBITV	158
33b	KommunikationshilfenVO Bayern	BayKHV	160
33c	VO zur Zugänglichmachung von Dokumenten Bayern	BayDokZugV	162
34	Landesgleichberechtigungsgesetz Berlin	LGBG Bln	164
34a	Schulkommunikationsverordnung Berlin	SchulkommV Bln	170
35	Brandenburgisches Behindertengleichstellungsgesetz	BbgBGG	171
35a	Brandenburgische VO über barrierefreie Dokumente	BbgVBD	177

36	Bremisches Behindertengleichstellungsgesetz	BremBGG	179
36a	Bremische Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung	BremBITV	184
36b	Bremische Kommunikationshilfenverordnung	BremKHV	186
36c	Bremische VO über barrierefreie Dokumente	BremVBD	188
37	Hamburgisches Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen	HmbGGbM	190
37a	Barrierefreie Informationstechnik-VO Hamburg	HmbBITVO	195
37b	KommunikationshilfenVO Hamburg	HmbKHVO	197
37c	VO über barrierefreie Dokumente Hamburg	HmbBDVO	199
38	Hessisches Behinderten-Gleichstellungsgesetz	HessBGG	201
38a	Hessische barrierefreie InformationstechnikVO	HVBIT	208
38b	Hessische BehindertengleichstellungsgesetzAV	HessBGGAV	209
39	Verfassung Mecklenburg-Vorpommern (Auszug)	MVVerf	212
39a	Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz (Auszug)	PetBüG M-V	213
39b	Landesbehindertengleichstellungsgesetz M-V	LBGG M-V	216
39c	Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung M-V	BITVI M-V	223
39d	KommunikationshilfenVO M-V	KHVO M-V	224
39e	Barrierefreie Dokumente-VO M-V	BDVO M-V	227
40	Niedersächsisches Behindertengleichstellungsgesetz	NBGG	229
41	Behindertengleichstellungsgesetz NRW	BGG NRW	233
41a	Inklusionsgrundsatzgesetz NRW	IGG NRW	240
41b	Barrierefreie Informationstechnik-VO NRW	BITV NRW	244
41c	KommunikationshilfenVO NRW	KHV NRW	246
41d	VO über barrierefreie Dokumente NRW	VBD NRW	249
42	Behindertengleichstellungsgesetz Rheinland-Pfalz	LGGBehMRhPflz	251
43	Saarländisches Behindertengleichstellungsgesetz	SaarBGG	256
43a	Saarländische BehindertengleichstellungsVO	SaarBGVO	263
44	Sächsisches Integrationsgesetz	SächsIntegrG	268
44a	Sächsische KommunikationshilfenVO	SächsKhilfVO	273

Inhalt

45	Behindertengleichstellungsgesetz Sachsen-Anhalt	BGG LSA	275
46	Landesbehindertengleichstellungsgesetz Schleswig-Holstein	LBGG SH	285
47	Thüringer Behindertengleichstellungsgesetz	ThürGIG	290
47a	VzA Thüringer Behindertengleichstellungsgesetz	ThürGIGAVO	296
<i>B. Wahlrecht</i>			
50	Einleitung (Felix Welti)		300
51	Wahlvorschriften des Bundes und der Länder		
	Europawahlordnung (Auszug)	EuWO	302
	Europawahlgesetz (Auszug)	EuWG	303
	Bundswahlordnung (Auszug)	BWO	304
	Bundswahlgesetz (Auszug)	BWG	305
	Wahlvorschriften der Länder (Auszüge)	Wahlvorschriften der Länder	306
<i>C. Verwaltungs- und Gerichtsverfahren</i>			
60	Einleitung (Gunther Jürgens)		336
61	SGB I – Allgemeiner Teil – (Auszug)	SGB I	339
62	SGB X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – (Auszug)	SGB X	340
63	Gerichtsverfassungsgesetz (Auszug)	GVG	341
64	Zivilprozessordnung (Auszug)	ZPO	343
64a	Zugänglichmachungsverordnung	ZMV	344
<i>D. Mehrfachdiskriminierung</i>			
70	Einleitung (Julia Zinsmeister)		346
71	Bundesgleichstellungsgesetz (Auszug)	BGleiG	349
72	SGB I – Allgemeiner Teil – (Auszug)	SGB I	350
73	SGB III – Arbeitsförderung – (Auszug)	SGB III	351
74	SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – (Auszug)	SGB VIII	352

<i>E.</i>	<i>Infrastrukturrecht</i>		
<i>1.</i>	<i>Verkehrsrecht</i>		
80	Einleitung (Joachim Steinbrück)		353
81	VO ü. Rechte von behinderten Fluggästen 1107/2006	VO (EG) 1107/2006	358
82	Luftverkehrsgesetz (Auszug)	LuftVG	367
83	VO ü. Rechte u. Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr VO 1371/07/EG (Auszug)	VO (EG) Nr. 1371/2007	368
84	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (Auszug)	EBO	371
85	Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung (Auszug)	BOStrab	372
85a	VO ü. d. Fahrgastrechte im See- u. Binnenschiffsverkehr (Auszug)	VO (EG) Nr. 1177/2010	373
85b	VO ü. d. Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr (Auszug)	VO (EU) Nr. 181/2011	380
86	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (Auszug)	StVZO	394
87	Straßen- und Gemeindeverkehrsfinanzierungsrecht des Bundes und der Länder		395
	Bundesfernstraßengesetz (Auszug)	FStrG	395
	Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (Auszug)	KInvFG	396
	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (Auszug)	GVFG	397
	Straßen- und Gemeindeverkehrsfinanzierungsrecht der Länder (Auszüge)		398
88	Nahverkehrsgesetze des Bundes und der Länder		
	Personenbeförderungsgesetz (Auszug)	PBefG	410
	Nahverkehrsgesetze der Länder (Auszüge)	Nahverkehrs- gesetze der Länder	412
<i>2.</i>	<i>Baurecht</i>		
90	Einleitung (Joachim Steinbrück)		425
	Bauplanungsrecht	Bauplanungs- recht	
91	Baugesetzbuch (Auszug)		430

Inhalt

92	Baunutzungsverordnung (Auszug)		430
93	Bauordnungsrecht der Länder (Auszüge)		431
3.	<i>Gaststättenrecht</i>		
100	Einleitung (Andreas Jürgens)		453
101	Gaststättengesetz (Auszug)	GastG	455
102	Bremisches Gaststättengesetz (Auszug)	BremGastG	456
4.	<i>Telekommunikationsrecht, Medienrecht, EU-Medienrichtlinie</i>		
110	Einleitung (Felix Welti)		457
111	Universaldienstrichtlinie 2002/22/EG (Auszug)	RL 2002/22/EG	458
112	Telekommunikationsgesetz (Auszug)	TKG	461
113a	Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (Auszug)	RBeitrStV	462
5.	<i>Heimrecht (öffentlich-rechtlicher Teil)</i>		
120	Einleitung (Julia Zinsmeister)		464
121	Heimgesetz (Auszug)	HeimG	467
122	Heimgesetze der Länder		475
F.	<i>Bildung</i>		
130	Einleitung (Horst Frehe)		726
131	SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe (Auszug)	SGB VIII	750
	Kita-Gesetze der Länder (Auszüge)		753
132	Schulgesetze der Länder (Auszüge)		792
133	Berufsbildungsgesetz (Auszug)	BBiG	880
134	Handwerksordnung (Auszug)	HwO	881
	Hochschulrecht		
135	Einleitung (Felix Welti)		883
	Hochschulgesetze der Länder (Auszüge)		884
G.	<i>Freiheits- und Schutzrechte</i>		
140	Einleitung (Julia Zinsmeister)		907
141	Grundgesetz (Auszug)	GG	911
142	Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug)	BGB	912

143	Strafgesetzbuch (Auszug)	StGB	913
144	Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz Baden-Württemberg	PsychKHG BaWü	916
145	Unterbringungsgesetz Bayern	BayUnterbrG	934
146	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten Berlin	BlnPsychKG	944
147	Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz	BbgPsychKG	986
148	G über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten Bremen	PsychKG Brem	1008
149	Hamburgisches G über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten	HmbPsychKG	1025
150	Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz Hessen	PsychKHG Hessen	1041
151	Psychischkrankengesetz M-V	PsychKG M-V	1053
152	Niedersächsisches G über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke	NdsPsychKG	1076
153	G über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten NRW	PsychKG NRW	1092
154	Landesgesetz für psychisch kranke Personen RhPflz	PsychKG RhPflz	1104
155	Unterbringungsgesetz Saarland	UBG Saar	1120
156	Sächsisches G über Hilfen und die Unterbringung bei psychischen Krankheiten	SächsPsychKG	1126
157	G über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt	PsychKG LSA	1145
158	Psychisch-Kranken-Gesetz Schleswig-Holstein	PsychKG SH	1155
159	Thüringer G zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen	ThürPsychKG	1167
V. Sozialrecht			
170	Einleitung (Felix Welti)		1178
171	SGB I – Allgemeiner Teil – (Auszug)	SGB I	1180
172	SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (Auszug)	SGB II	1185
173	SGB III – Arbeitsförderung – (Auszug)	SGB III	1192

Inhalt

174	SGB IV – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – (Auszug)	SGB IV	1201
175	SGB V – Gesetzliche Krankenversicherung – (Auszug)	SGB V	1202
176	SGB VI – Gesetzliche Rentenversicherung – (Auszug)	SGB VI	1243
177	SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung – (Auszug)	SGB VII	1256
178	SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – (Auszug)	SGB VIII	1268
179	SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen –	SGB IX	1270
179a	Werkstätten-Mitwirkungsverordnung	WMVO	1370
179b	Frühförderungsverordnung	FrühV	1382
180	SGB X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – (Auszug)	SGB X	1386
181	SGB XI – Soziale Pflegeversicherung – (Auszug)	SGB XI	1388
182	SGB XII – Sozialhilfe – (Auszug)	SGB XII	1435
183	Asylbewerberleistungsgesetz (Auszug)	AsylblG	1477
184	Bundesversorgungsgesetz	BVG	1478
185	Bundesausbildungsförderungsgesetz (Auszug)	BAföG	1537
186	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (Auszug)	BEEG	1539
VI. Zivilrecht			
190	Einleitung (Julia Zinsmeister)		1543
<i>A. Teilnahme am Rechtsverkehr/Betreuungsrecht</i>			
191	Einleitung (Julia Zinsmeister)		1547
192	Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug)	BGB	1552
193	Beurkundungsgesetz (Auszug)	BeurkG	1560
<i>B. AGG</i>			
200	Einleitung (Andreas Jürgens)		1562
201	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	AGG	1564
<i>C. Arbeitsrecht</i>			
210	Einleitung (Joachim Steinbrück)		1575

			Inhalt
211	GleichbehandlungsrahmenRL 2000/78/EG	RL 2000/78/EG	1581
212	Betriebsverfassungsgesetz (Auszug)	BetrVG	1587
213	Bundespersonalvertretungsgesetz (Auszug)	BPersVG	1588
214	Arbeitsstättenverordnung (Auszug)	ArbStättV	1589
<i>D. Mietrecht/Wohn- und Betreuungsvertragsrecht</i>			
220	Einleitung (Julia Zinsmeister)		1590
221	Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug)	BGB	1592
222	Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz	W BVG	1593
<i>E. Familienrecht</i>			
230	Einleitung (Julia Zinsmeister)		1600
231	Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug)	BGB	1603
<i>F. Erbrecht</i>			
240	Einleitung (Andreas Jürgens)		1605
241	Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug)	BGB	1608
<i>G. Urheberrecht</i>			
250	Urheberrechtsgesetz (Auszug)	UrhG	1609
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren			1611